

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

21 (26.1.1914)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugew. monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeh. monatl. 80 P.; am Postämter 2,10 M. durch den Briefträger 2,50 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2850. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 A. Lokalinserte billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

Der Sieg der Kabinetts- ordre.

Bethmann, Bassermann, Fehrenbach Arm in Arm.

Am 3. Dezember wetteiferten die bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie in der Zurückweisung der militärischen Annahme. Am 23. Januar aber wetteiferten sie untereinander in der Befürwortung hurradikalischer Gesinnung, in Verbeugungen vor der Armee, vor den höchsten und allerhöchsten Stellen. Am 3. Dezember hatten einige schnodderige Bemerkungen des Kriegsministers die zauberhafte Wirkung, daß sich das ganze Haus mit Ausschluß einer kleinen Minderheit zu einem einmütigen Protest gegen die Regierung zusammenfand. Der Reichskanzler bekam ein Mißtrauensvotum, obwohl er erklärt hatte, das Militär habe Lebergriffe sich zuschulden kommen lassen und das verlebte Recht fände keinen zuverlässigeren Schützer als ihn. Mittlerweile hat der Kriegsminister auf der ganzen Linie gesiegt: es kamen der Jagow-Artikel, die Preisprüche, die Deforierung, die Kronprinzen-Telegramme, die Verfolgungen der Presse. Vor diesen starken Tatsachen sind die Parteien, die sich gegen starke Worte so empfindlich zeigten, vollständig zusammengeklappt, und das bewegliche Parlament voll der Wite, das am 3. Dezember Herrn v. Bethmann sein „Kreuziget ihn“ zurief, ruft ihm heute „Gottanab“!

Man begreift die Zufriedenheit des konservativen Redners, des Grafen Westarp, mit diesem Ausgang der Dinge. Man begreift auch seine fröhliche Zuversicht, daß der Rest von Differenzen der zwischen den Konservativen und den Mittelparteien zurückgelassen ist, sich alsbald in Rosenwasser auflösen lassen. Sachlich handelt es sich jetzt nur noch um die Frage, von wem und in welcher Richtung die Nachprüfung der Kabinettsordre von 1820 zu erfolgen hat. Daß auch in diesem Punkte der von den konservativen vertretenen Standpunkt siegen wird, unterliegt angesichts des Verhaltens des Reichskanzlers und der Uneinigkeit der Parteien keinen Zweifel mehr. Die Fortschrittler möchten mit dem Sozialdemokraten eine reichsgesetzliche Regelung vorsehen, befinden sich also mit ihnen in formalen Übereinstimmung, sie möchten aber sachlich — im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, die die Abschaffung der Militärgerichte fordern — ihre Reform in so engen Grenzen halten, daß an der Nachprüfung des Militarismus praktisch so gut wie nichts geändert wird. Aber auch der fortschrittliche Antrag geht den Nationalliberalen und dem Zentrum zu weit ihnen genügt es, wenn die Prüfung der Rechtsfragen von militärischen Stellen selbst vorgenommen und dem Reichstag von dem Ergebnis Mitteilung gemacht wird. Den Konservativen ist auch dies schon zu viel, sie sagen: den Reichstag geht die Sache überhaupt nichts an. Es wird voraussichtlich nicht lange dauern, bis Graf Westarp in der Lage sein wird, festzustellen, daß die Konservativen auch in diesem letzten und unbedeutenden Punkt vollständig recht behalten haben.

Soviel über den Stand der Rechtsfrage. Faktisch liegt aber die Situation so, daß die Liberalen namentlich die Nationalliberalen, von der Aussicht, an Stelle der Konservativen in den Strahlenkreis der Regierungsgewalt zu gelangen, vollständig hypnotisiert sind. Die Angriffe der Konservativen auf den Reichskanzler haben einen totalen Umschwung der Stellung zur Folge gehabt. Schon seit längerer Zeit schwebten die Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und den Mittelparteien, der Inhalt der beiderseitigen Reden war verabschiedet worden und da der Kriegsminister diesmal keinen unvorhergesehenen Zwischenfall hervorrief, klappte die Regie diesmal tadellos. Herr v. Bethmann durfte diesmal noch viel weniger sagen, als er am 3., 4. und 12. Dezember gesagt hatte, er durfte die Kabinettsordre von 1820 mit der kümmerlichen Ausrede verteidigen, daß sie ja bloß einmal angewendet worden sei, es war für die bürgerlichen Redner, die nach Herrn v. Bethmann sprachen, demnach alles herzlich und vollkommen. Sie beschränkten sich darauf, gemeinsam mit ihm den Reichspatriotismus gegen den konservativ-partikularistischen Preußenpatriotismus herauszupauken und sie überließen sich der angenehmen Vorstellung, sich mit dem Reichskanzler in gemeinsamer Front gegen die Konservativen zu befinden, während doch der vorsichtige Bethmann kein Wort gegen die Junker gesagt, dafür aber desto unfinziger gegen die Sozialdemokratie losgeschlagen hatte.

Mit ihrem Rückzug vor dem Militarismus haben die Mittelparteien des Reichstags Elsch-Lothringen moralisch preisgegeben. Der unwiderbringliche Verlust soll nach den Ankündigungen des Reichskanzlers durch eine „gerechte aber feste Verwaltung“ wettgemacht werden, und Herr Bassermann hat in weiterer Ausführung dieses Gedankens einen Personenwechsel in der Verwaltung der Reichslande angetrieben. Mit Gewalt soll festgehalten werden, was sich gegen die preussische Militärherrschaft entrüstet auflehnt. Auch hier ist der sachliche Erfolg der Konservativen so offenkundig daß sie über kleine persön-

liche Sticheleien und Hächeleien getrost hinwegsehen können.

Daß unter solchen Umständen die große Anklage der Franks, mit der die Debatte eröffnet wurde, nur auf der äußersten Linken Resonanz fand, ist selbstverständlich. Gegen feste taktische Abmachungen kommt keine Logik der Verdammtheit auf, sie vermag auch Herrn v. Bethmann natürlich nicht daran zu hindern, seine Lektion gegen die Sozialdemokratie herunterzufagen. Es waren ja allerdings ganz schreckliche Dinge, die der Reichskanzler dem Reichstag zu enthüllen wußte, z. B. daß die Sozialdemokratie an die Stelle des stehenden Heeres die allgemeine Volkserfassung setzen will. Herr v. Bethmann hat diese fürchterliche Tatsache aus einigen Artikeln des „Vorwärts“ einmühsam festgestellt, sie hätten ihn vielleicht weniger überreicht, wenn er einmal das Erfurter Programm der Sozialdemokratie gelesen hätte, in der sie selbstverständlich auch schon zu finden ist.

Zwei Gipsel unfreiwilliger Komik erklimmen aber den Reichskanzler; einmal als er — der vom Kronprinzen meist verfolgte Mann — gegenüber einer tatsächlichen Feststellung Franks über die Freundschaft des Thronfolgers einen loyalen Wutanfall improvisierte, und dann, als er den Sozialdemokraten zurief: „Fahren Sie nur so fort mit der Destruktion des Heeres, damit versteht der Deutsche keinen Spott!“

Der Herr Reichskanzler kann sich darauf verlassen, die Sozialdemokratie wird so fortfahren wie bisher. Sie wird fortfahren, ihre Grundzüge zu verkünden, sie wird fortfahren die Sabelherrschaft, Absolutismus und Kapitalismus zu bekämpfen, sie wird fortfahren in ihrer ganzen Politik, die sie zur stärksten Partei des Volkes und des Reichstags gemacht hat. Auch durch die Erbärmlichkeit der bürgerlichen Parteien wird sie sich darin nicht hindern lassen. Sie wird so fortfahren wie bisher viel länger und viel weiter, als es den Vertretern der herrschenden Staatsgewalt lieb ist!

Der Kronprinz und seine freunde.

Vielleicht hat der deutsche Reichskanzler inzwischen schon ein Anerkennungs- und Enttarnungstelegramm des Kronprinzen erhalten. Verdient hätte er es jedenfalls, denn mit einer Energie, die bewundernswert gewesen wäre, wenn sie sich gegen die preußenbündlerischen Beschimpfungen des Deutschen Reichstages gerichtet hätte, hat er die Kritik zurückgewiesen, die der Abg. Frank an der politischen Betätigung des Kronprinzen übte.

Obwohl Frank nicht das geringste sagte, was auch nur von weitem wie als eine Beleidigung des Thronerben auszuwachen hätte, geriet Herr v. Bethmann bei seinen Worten in einen gar gewaltigen Horn und bemühte sich, sowohl durch direkte Zureufe wie durch Vermittlung seines getreuen Wahnstafes den Präsidenten zu einem Ordnungsruf zu veranlassen. Aber selbst der sonst so leicht zu beeinflussende Herr Kaempf konnte in den Feststellungen des sozialdemokratischen Redners nichts erblicken, was über die Ordnung des Hauses verstoßen hätte und er beschränkte sich auf eine Mahnung zur Mäßigung. Deshalb ergriff der Kanzler, der offenbar unter dem geringen Maße von Berücksichtigung, das ihm von Seiten des Kronprinzen bisher entgegengebracht wurde, gewaltig gelitten hat, sofort hinter dem Genossen Frank das Wort, um in einer Erregung, deren Echtheit wir nicht nachprüfen wollen, den „unerhörten Vorwurf“ zurückzuweisen, der darin liege, daß man behaupte, der deutsche Kronprinz stehe in intimer Freundschaft mit Verächtern der Verfassung und mit Staatsfeindlichen. Leider hat es der so mannhafte für den künftigen Kaiser in die Schranken reitende Kanzler bei diesen Kraftworten bewenden lassen. Viel zweckmäßiger wäre es jedenfalls gewesen, wenn er den Nachweis erbracht hätte, daß der „unerhörte Vorwurf“ zu Unrecht erhoben worden ist. So lange die freundlichen Telegramme nach Bayern und Strahburg nicht flühen und klar demontiert werden können, solange die guten Beziehungen des Thronfolgers zu dem Herrn v. Oldenburg-Yanuschau bestehen, solange sind auch durch einen noch so starken Temperamentsausbruch des leitenden Staatsmannes die Anklagen Franks nicht widerlegt.

Auf diesen Standpunkt stellt sich auch das „Berl. Tagebblatt“. Es schreibt:

Die Erklärung des Herrn Reichskanzlers widerspricht, wie festzustellen muß, den Tatsachen. Man braucht dem Kronprinzen aus seiner Freundschaft zu bestimmten Personen nicht unbedingt einen Vorwurf machen, sobald Bedenken sich daraus auch erheben mögen. Sätte Herr v. Bethmann Hollweg gesagt, der Kronprinz möge mit dieser oder jener Persönlichkeit verkehren, das sei sein gutes Recht und die Sautschke sei nur das, er, woran kein Zweifel bestehe selber treu zur Verfassung halte, so hätte sich das hören lassen. Statt dessen streitet Herr v. Bethmann in seinem Uebereifer die Klaren allgemein bekannten Tatsachen ab. Oder ist es nicht Tatsache, daß der Kronprinz von Lana-

fuhr aus mit Herrn v. Oldenburg-Yanuschau in Beziehung stand, und ist es nicht Tatsache, daß Herr von Oldenburg ein Verächter der Verfassung und ein Staatsstreichheber ist?

Die rechtsstehende Presse fühlt sich natürlich verpflichtet, die Erregung des Reichskanzlers womöglich noch zu überbieten. Sie spricht von „frechen Angriffen“ von „läppischen Anrempelungen“ von „unerhörten Anrempelungen“ usw. Bemerkenswerter Weise aber stellt sich auch die freisinnige „Sozial. Ztg.“ auf die Seite der Kronprinzen. Sie behauptet, daß Franks Worte bei allen Parteien Mißbehagen und Widerspruch hervorgerufen hätten. Auch die Parteien, die mit den Kundgebungen des Kronprinzen nicht einverstanden seien hätten begreifen können, daß Herr v. Bethmann-Hollweg in leidenschaftlicher Erregung die Äußerungen des sozialdemokratischen Redners schärfstens zurückgewiesen habe. „Der Eindruck blieb lebendig, daß Dr. Frank weder seiner Partei noch dem Volk mit seiner Rede einen guten Dienst geleistet hat.“

Ja, die guten Freisinnigen! Es gefällt ihnen ja auch nicht, daß der Kronprinz so gut mit den agrarischen und antimilitärischen Junkern steht. Aber man darf ihm das doch nicht so groß unter die Nase reiben, man muß ihn fein und in geziemer Höflichkeit sagen, daß sich das Bürgerturn ein wenig zurückgesetzt fühlt. Und außerdem will der Kronprinz doch demnächst auf dem Berliner Presseball erscheinen. Vielleicht läßt er sich dadurch den Eindruck, den die zahlreich anwesenden liberalen Kommerzienräte auf ihn machen, zu einer Aenderung seiner Gesinnung bestimmen.

Deutsche Politik.

Ein „Attentat“ auf den Kronprinzen.

Es scheint, daß irgend ein Achtgrößchenjunge oder ein Geisteskranker dem Kronprinzen zu allem, was ihn jetzt schon auszeichnet, auch noch den Ruhm verschaffen will, wegen seiner Zugehörigkeit zu einem regierenden Hause oder wegen seiner bisherigen öffentlichen Tätigkeit verfolgt zu werden. Es wird nämlich berichtet: Als der Kronprinz Freitag nachmittags 3 Uhr 10 Minuten im Auto in sein Palais Unter den Linden zurückkehrte, stürzte ein Mann die Rampe hinauf und gelangte bis an den Wagenanschlag. Der sofort hinzuspringende Posten packte den Mann und drängte ihn gewaltig ins Schilberhaus. Der Kronprinz, der inzwischen mit seinem Adjutanten dem Wagen entstieg, beobachtete noch die von zwei sofort herbeigeeilten Schutzleuten vorgenommene Festnahme. Der Mann wurde in die dem Palais gegenüberliegende Hauptwache abgeliefert.

Die sonst sehr gebräuchliche Polizei hat bisher der Defektheit nicht mitgeteilt, was es mit dem „Attentat“ auf sich hat. Der halbhoftische „Berl. Lok.-Anz.“ teilt nur mit, daß es sich anscheinend um einen Geisteskranken handelt.

Zum Kampf um die Arbeitslosenversicherung.

In den Parlamenten erklären die Liberalen günstigstenfalls, die Arbeitslosenfürsorge sei Aufgabe der Gemeinden; in den Gemeindeparlamenten aber sträuben sie sich ebenfalls, Hand an zu legen, um das Uebel der Arbeitslosigkeit zu mildern. Hierfür wieder folgendes Beispiel:

Das Gewerkschaftskartell in Göppingen richtete eine Eingabe an die städtischen Kollegien um Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Die Kollegien zeigten sich zu zwei Dritteln aus Nationalliberalen und Fortschrittler und zu einem Drittel aus Sozialdemokraten zusammen. Der Industriellenverband und der Kleingewerbliche Handels- und Gewerbeverein machte ebenfalls eine Eingabe, die von Beleidigungen der Arbeitererschaft strotzte und in der um die Ablehnung des Antrages der freien Gewerkschaften eruchtet wird. Die liberale Mehrheit lehnte dann auch die Beratung des Gegenstandes unter Bruch der Geschäftsordnung ab, nachdem der liberale Oberbürgermeister und Landtagsabgeordnete Red einen Vortrag über Arbeitslosenfürsorge gehalten hatte. Der Führer der Nationalliberalen, Kirchner, und der der Fortschrittler, der ehemalige Reichstagsabgeordnete Wieland, erklärten, daß für die Einführung der Arbeitslosenfürsorge unter den Liberalen keine „Stimmung“ sei. Die Vorlage ging schließlich an einen Ausschuss, auf den man im Hinblick auf die „Arbeiterfreundlichkeit“ der Kollegienmehrheit keinerlei Hoffnung setzen kann.

Die Nationalliberalen in Sachsen und die Landtagswahlen.

Gegenüber der Meldung, es bestehe Aussicht, daß bei den bevorstehenden sächsischen Landtagswahlen in gewissen Wahlkreisen ein Wahlbündnis zwischen den Konservativen und den Nationalliberalen geschlossen werde, schreibt das Organ der sächsischen Nationalliberalen, die „Sächs. Nationallib. Kor.“:

„Bei den Stichwahlen werden die Nationalliberalen ihre nationale Pflicht zu erfüllen wissen. Dazu bedarf es gar keiner Abmachung. Darüber hinaus aber — das wird man sich auch auf konservativer Seite sagen müssen — kann sich die nationalliberale Partei zu irgendwelchen Abmachungen mit den Konservativen nicht verleben. Solche Abmachungen

mit den Konservativen würden der politischen Situation in Sachsen nicht entsprechen; sie würden in den Wählermassen sowohl der Konservativen wie der Nationalliberalen, wie die Dinge nun einmal liegen, nur auf Verdruss und Abneigung stoßen.

Die Konservativen sind besonders über die „scharfe Form“ der nationalliberalen Erklärung sehr verstimmt. Die „Leipz. Neue Nachr.“ klagen: „Wir haben in Sachsen doch wirklich bitter nötig, auf ein Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien Sachsens hinzuwirken, da nur durch ein solches der sozialdemokratischen Gefahr mit Erfolg begegnet werden kann.“

Ludwig Rexhäuser gestorben.

Am Donnerstag ist im Krankenhaus zu Jüssen im Oberbayern Ludwig Rexhäuser, der frühere Redakteur des Verbandsorganes der Buchdrucker gestorben. Er hat in der deutschen Arbeiterbewegung eine hervorragende Rolle gespielt. Nach den Tarifstreitigkeiten im Jahre 1896 kam er, der Bayer, nach Leipzig, übernahm die Redaktion des „Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker“, des Buchdruckerorganes, das von ihm nicht nur in durchaus tariftreuem, sondern auch im Sinne strenger Neutralität der Gewerkschaften redigiert wurde.

Amerika.

Spionagearbeit in amerikanischen Arbeiterorganisationen. Es steht fest, daß die großen Gewerkschaftsführer, namentlich

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Meine Zellennachbarn sind: Wetterling, „der ewige Eindringler“, so genannt, weil er im Zuchthaus, wo er nicht mehr einbrechen kann, unaufhörlich versucht, auszubrechen. Er trägt fast immer Fesseln und erträgt seine zahlreichen Peitschenstrafen pflegend. „Wenn man Tod und Prügel nicht fürchtet, kann man sich alles leisten“, ist sein Wahlspruch.

Gestern nun hat mir meine liebliche Stimme, die man durchaus zur Feier eines Hochamtes für den Papst haben wollte, großen Nutzen gebracht. Ich unterhielt mich nämlich in kurzen Sätzen, die ich auf die Melodie des Choralis sang, sehr gut mit dem armen de Koo. Ein Franzose, dessen Namen ich aus patriotischer Scham verschweigen will,

der Eisenbrückenbauer, angestregten Prozesse nicht ohne die intensiver Arbeit von Geheimspionisten möglich gewesen wären. Durch die Geheimnisse einiger der benutzten Spione und sonstige Feststellungen weiß man, daß es sich bei den wirklich vorgekommenen Gewalttätigkeiten gegen öffentliche und Privatgebäude, sofern sie nicht im direkten Auftrage der Unternehmerorganisation ausgeführt worden sind, sogar um Doppelagenten handelt, die sich das Vertrauen der Organisationen zu erschleichen und unaufgeklärte Gewerkschaftsführer für ihre „Theorien“ einzunehmen gewußt haben.

Badische Politik.

Der Militärverein Bretten faßt in seiner Generalversammlung eine Entschliebung zum Fall Zabern, in der er dem Oberst und den Offizieren des 99. Infanterieregiments „Anerkennung und Hochachtung“ für ihr Verhalten auspricht. Der Schlußsatz dieser Resolution lautet wörtlich: „Der Militärverein Bretten sieht sich zum Ausdruck seiner Gefühle umso mehr veranlaßt, als leider ein großer Teil der deutschen Parlamentarier und der Presse in dieser Frage eine recht undeutsche Gefinnung betätigt hat.“

In Sachen der angefochtenen Landtagswahl in Offenburg wurden, so schreibt man uns, am letzten Freitag neun Personen zur eiblichen Einberufung vor dem Wahlkommissar im Rathhaus in Offenburg eingeladen. Dabei ist zu rügen, daß alle neun Personen gleichzeitig auf drei Uhr geladen worden sind. Die eibliche Vernehmung jedes einzelnen erforderte durchschnittlich eine Viertelstunde. Ein großer Teil der Geladenen und auch pünktlich kurz nach einander Erschienenen, war also gezwungen, zwecklos und unnütz längere Zeit zu warten.

Es fällt scheint so manchem Beamten in leitender Stellung schwer, sich in die Lage derjenigen Menschen zu versetzen, denen die Ausfüllung jede Stunde mit nützlicher Tätigkeit, Pflicht oder Notwendigkeit ist, sonst wäre dieser geringe Uebelstand, der — wie man bei dieser Gelegenheit hörte — noch bei manchen Behörden üblich sei, längst verschwunden. Diese Gepflogenheit bedingt aber auch für den Staat, d. h. für die Steuerzahler, einen höheren Entschädigungsaufwand. Das wird in Zukunft noch mehr ins Gewicht fallen, wenn die im Werke begriffene Neuorganisation der Behörden für Zeugen und Sachverständige durchgeführt sein wird.

der heimlich im Dienst der deutschen Polizei steht, hatte de Koo mit einem heiklen Auftrag in Eläß-Rothbringen betraut und ihn dann sofort angezeigt, um die Prämie zu erhalten. De Koo hatte sechs Jahre Zuchthaus vor sich — und am Schluß all dieser biographischen Einzelheiten teilte er mir plötzlich mit, daß er das Perpetuum mobile gefunden habe. Natürlich blieb mir der Mund offen vor Staunen stehen, und mit dem Gesang verstummte auch unsere Unterhaltung.

Wir waren jetzt im Hochsommer 1899, und beständig liefen Gerüchte um, daß alles Personal und alle Gefangenen unseres Zuchthaus demnächst „verfest“ werden sollten. Wo würde ich nun noch hinkommen? Auf Begnadigung war nicht mehr zu hoffen da ein kirchliches Gnadengesuch der Meinen abermals abschlägig beschieden worden war. Außer dieser trostlosen Kunde erhielt ich bald darauf die Nachricht von einer sehr schweren Erkrankung meiner Schwester, die wochenlang zwischen Leben und Tod schwelte.

Zur selben Zeit hatten die Verhandlungen des Dreifusprozesses das ganze Zuchthaus in Aufregung versetzt, obwohl die meisten Sträflinge keine Ahnung vom richtigen Sachverhalt hatten; viele glaubten, Dreifus sei in Deutschland verhaftet und von Deutschland an Frankreich ausgeliefert worden. Der Wärter brachte mir jeden Tag die Zeitung, die ich gierig verschlang. Um mich herum waren natürlich alles Dreifusioner und man hörte nur immer die drei Namen: Pola, Labori, Dreifus. Niemand war wohl in Deutschland Mensch so populär gewesen, wie diese drei Franzosen. Ganz Deutschland war entzückt über die unausgeheilte Ungerechtigkeit der Vorgänge, und wenn in Halle eine durchgehende Schaulusttruppe das Drama: „Hauptmann Dreifus“ auf ihrem Theaterstetel hatte, dann geriet die ganze brave Stadt aus dem Häuschen. Und wir Armen, hinter unsern Gittern und Mauern fühlten uns glücklich, daß wir die Lebenslust draußen bis zu uns herintraufen hörten, und daß wir durch Einbildungskraft und Mitgefühl ein bißchen mit teilhaben durften an den großen Erlebnissen der freien Menschheit draußen.

Für unsere Abgeordneten bietet sich hier die dankbare Aufgabe, bei Gelegenheit der Beratung des Etats der Justiz und Verwaltung im Landtage entschieden für eine zweckmäßige Ladung aller vor den Behörden zu Erscheinenden einzutreten, damit endlich einmal die in dieser Richtung schon des öfteren in der Presse erhobenen Klagen verschwinden.

Zentriale Rabulistik.

Was die Zentrumspreffe ihrem gedankenlosen Lesepublikum zu bieten mag, geht aus einer Notiz in der „Freib. Tagespost“ hervor, die ein genialer Zentrumsredakteur wie folgt zusammenrechenste:

Die „schwarze“ Gefahr im Kongo. Freisinnige und rote Blätter bringen jetzt lange Berichte über eine Interpellation in der belgischen Kammer wegen der „schwarzen“ Gefahr im Kongo. Sie geben genau wieder, was die liberalen und sozialdemokratischen Redner gegen die katholischen Missionen, hauptsächlich gegen die Jesuiten vorgebracht haben. Sie vergessen aber zu melden, was der Kolonialminister zu ihrer Verteidigung gesagt hat. Was vergessen noch mehr: nämlich eine Bilanz zu ziehen über das, was die Jesuiten und Sozialdemokraten und Liberalen für den Kongo getan haben. Wir wollen das Verfümte nachholen:

Table with 2 columns: Category and Count. Includes: Die Jesuiten unterhalten im Kongo: Krankenhäuser 7, Lazarette 4, Volksschulen 61, Regerschulen 1, Höhere Schulen 3, Fortbildungsschulen 8, Fachschulen 8. Jesuiten gestorben im Dienste des Kongos 19. Die Sozialdemokraten und Liberalen unterhalten im Kongo: Krankenhäuser 6, Lazarette 0, Volksschulen 0, Regerschulen 0, Höhere Schulen 0, Fortbildungsschulen 0, Fachschulen 0. Sozialdemokraten und Liberale gestorben im Dienste des Kongos 0.

Und da macht man sich an, öffentlich über andere zu Gericht zu sitzen! Wir sind so boshaft, die Statistik noch um eine dritte Nummer zu bereichern:

Table with 2 columns: Category and Count. Includes: Das Zentrum unterhält im Kongo: Krankenhäuser 0, Lazarette 0, Volksschulen 0, Regerschulen 0, Höhere Schulen 0, Fortbildungsschulen 0, Fachschulen 0. Walmbach gestorben im Dienste des Kongos 0.

Und dabei macht sich das Zentrum noch an, über andere Parteien zu Gericht zu sitzen.

Deutscher Reichstag.

(Schluß der Freitags-Sitzung.)

Interpellationen in Sachen Zabern.

Reichstagslangler v. Bethmann-Hollweg: Ich will zuerst auf die Ausführungen des Herrn Vorredners eingehen. Daß Arbeit darüber bestehen muß, wenn das Militär eingezogen hat, ist selbstverständlich. Das Militär hat daran ein eigenes und dringendes Interesse. Der Grundsatz, daß das Militär erst auf Requisition der Zivilbehörden einmarschieren darf, ist verfassungsmäßig richtig. Daß es Ausnahmefälle geben kann, in denen es einer solchen Requisition nicht bedarf, ist von der preussischen Verfassungsurkunde anerkannt worden. Das Militär hat, wie jeder andere das Recht, zur Abwendung von Gefahren und Angriffen innerhalb der gesetzlich gezogenen Grenzen vorzugehen. Dem Militär muß ohne besondere Ermächtigung das Recht zum Einschreiten erhalten bleiben, wenn es sich um die Ausübung der Staatshoheit handelt oder wenn die Zivilbehörde außer Stande gesetzt ist, Recht zu schaffen zum Schutze des Staates. Das ist

Zu jener Zeit erinnerte sich plötzlich O'Connor, der Mann mit dem wunderbaren Stod, einmal wieder an mich und schickte mir durch den Wärter ein Geschenk, in Gestalt eines Viertel Pfund Schmalz. Als ich es in meine Butterdose füllte, spürte ich plötzlich mitten in der weichen Masse einen harten Gegenstand. Sorgfältig löste ich ihn heraus: es war ein Brief von O'Connor an mich, in dem er mich bat, ihm, wenn ich nach Paris zurückgekehrt sei, doch einen anderen Stod, nach einlegendem Entwurf, anzufertigen zu lassen. Er würde ungefähr um dieselbe Zeit wie ich frei werden und sich dann unzulänglich nach Paris begeben, um den Stod abzuholen. Als Dank dafür würde er mich lehren, falsche Banknoten zu machen. Schade, daß ich diesen Brief nicht habe aufheben können!

Mit einem Schläge wurde meine Lage wieder erträglich, ja fast behaglich, durch die lebenswürdige Hilfe von Felix S., der mein neuer Postmeister ward. Nun hatte ich auch täglich wieder meinen guten Wein und für meinen Milchkafee morgens ein köstliches Stiel Kuchen. Zwischen Halle und Paris flogen die Briefe wieder hin und her, Zeitungen und Bücher wurden mir geschickt. Besonders die Nachrichten aus Transvaal interessierten mich lebhaft: der südafrikanische Krieg war ausgebrochen und ich war natürlich ein glühender Burenverehrer. Sechs schöne Monate voll Schmelgerei lagen noch vor mir: es war Oktober, und im März sollte das Zuchthaus geräumt werden. Was danach kam war wieder ein Untertauchen ins Unbekannte, vor dem mir graute.

Nun sind wir im Februar 1900, und der Umzug hat schon begonnen; er geht in kleinen Trupps, nach und nach vor sich. Natürlich sind solche Umzüge ein Genuss für die Gefangenen, da sie notgedrungen allerlei Freiheiten gewahren. Die Disziplin lockert sich, man macht beinahe was man will und wird kaum bestraft. Zu jener Zeit wurde ich mit der Reinschrift verschiedener Gerichtsverhandlungen und Akten betraut, die eine ganz köstliche Humoreske enthielten, deren Schlußkapitel sich vor meinen Augen abspielte.

(Fortf. folgt.)

nach Lage der Verfassung, Gesetz und allgemeinem Recht rechts. Die Vorrichtung von 1890 ist für das preussische Militär und die angeschlossenen Kontingente zusammengestellt. Die Angriffe richten sich dagegen, daß diese Vorschriften in einzelnen Teilen Unklarheiten enthalten. Der Streit, ob die Kabinettsordere von 1820 Gültigkeit hat, geht an dem Kernpunkte vorbei, der bestimmt, wie sich das Militär verhalten soll, wenn die Zivilbehörden auferlassene sind, Recht zu schaffen. In dieser Richtung kann die Rechtsmäßigkeit der Kabinettsordere nicht bestritten werden. In der Kabinettsordere ist auch enthalten, daß das Militär eingreifen kann, wenn die Zivilbehörden zu lange zögern; diese Vorrichtung ist bis auf Jähren niemals angewendet worden. Das Kriegsgericht von Jähren hat die Dienstvorschriften von 1890 als rechtsmäßig anerkannt. Nachdem infolge der Jäherner Vorgänge der Streit entstanden ist, ob die Vorschriften von 1890 Gültigkeit haben, sollen jetzt diese Dienstvorschriften einer Prüfung unterzogen werden, ob sie den allgemeinen Rechtsgrundsätzen entsprechen. Diese Prüfung ist im Gange und sie wird mit der größten Beschleunigung durchgeführt werden. Damit ist alles geschehen, was geschehen kann (Hört, hört links) und ich hoffe, daß es möglich sein wird, auch bei den Truppenteilen im Reichsland eine Uebereinstimmung herbeizuführen. Was den uns vorgelegten Gesetzesentwurf angeht, so erinnere ich daran, daß die einzelnen Fälle in den Dienstvorschriften von 1851, 1861 und zuletzt von 1890 vorgegeben sind. Ein Gesetz wird immer nur einzelne Bestimmungen treffen können. Wo Zweifel bestehen, muß Klarheit geschaffen werden.

Es ist im Lande verfaßt worden, die Anweisung als ungewöhnlich hinzustellen. Jähren ist der einzige Platz, wo die Anweisung in Anwendung kam. Von den Verhältnissen in den Reichslanden will ich nicht sprechen. Es muß noch viel geschehen, um zu normalen Verhältnissen dort und dem Reich gegenüber zu kommen. Der Jäherner Fall war keineswegs typisch. Es lagen zu viele persönliche Momente vor. Die Reichslande können nur gebieten unter gerechter und einheitlicher Regierung. (Lebhafte Zustimmung.) Ein Gegensatz zwischen Nord und Süd besteht nicht. Der Versuch, ihn zu schaffen, muß im Keime erstickt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Die Jäherner und die Schwaben sehen manche Dinge mit anderen Augen an als der Norddeutsche. Jeder deutsche Stamm hat seine Vorzüge und seine Schwächen. Robin aber sollte es führen, wenn jeder Stamm seine eigenen Vorzüge den anderen vorhalten und dessen Schwächen unterstreichen wollte. (Lebhafte Beifall.) Erst kürzlich sind durch solche Dinge über Nacht schwere Vergernisse herbeigeführt worden wider den Willen der Beteiligten. (Beifall und Widerspruch.) Was jeder einzelne deutsche Stamm an Vorzügen und Kraft in sich hat, ist gerade genug für das deutsche Reich. Die beherrschende Armee hat auf den Schlachtfeldern von Bismarck und Weissenburg, sowie in dem blutigen Ringen von Orléans heldenmütig gekämpft und was errungen worden ist, ist ein glänzendes Zeugnis für die vereinigte Tapferkeit aller deutschen Stämme. (Lebhafte Beifall.)

Auf dieselbe Einmütigkeit rechne ich auch, wenn ich sage, es gilt jetzt, nicht mehr in der Wunde herumzuwühlen, sondern die Wunde zu heilen. Eine einzige Partei wird dem nicht zustimmen, sondern die Jäherner Vorgänge weiter auszunutzen versuchen. Das betrifft die Rede des Abg. Frank und in noch höherem Maße die sozialdemokratische Presse, die gerade in der letzten Zeit ihr Programm, das auf die Schaffung eines demokratischen Militärheeres und die Beschränkung der königlichen Kommandogewalt abzielt, mit besonderer Deutlichkeit offenbart hat. (Lebhafte Beifall redt. Widerspruch bei den Soz.) In der Restriktion seines Heeres aber verliert der Deutsche seinen Spatz. Die Vorfälle in Jähren haben nach der sozialdemokratischen Presse auch ein Paradigma sein sollen für den Gebrauch des Heeres gegen die Arbeiter. Was haben die Jäherner Vorgänge mit den Arbeiterklassen zu tun? Unser Heer ist kein Instrument für Parteikämpfe. Es ist viel zu schade dazu. Uns allen von der Regierung und besonders auch dem Kriegsminister widerstrebt das Gefühl, das Heer zum Polizeiwort zu machen.

Zu wessen Nutzen aber dienen diese sozialdemokratischen Entstellungen? Das lehrt ein Blick in die auswärtige Presse, die alles für bare Münze nimmt, was unsere sozialdemokratische Presse schreibt, die dann ihrerseits wieder die Stimmen des Auslandes als Obedienten benutzt. Die Sozialdemokratie, die sich vielleicht noch weniger gegen die reale Macht des Heeres als gegen den Geist der Zugehörigkeit von Heer und Volk wendet, spricht von einer konstitutionellen Soldateska. Nun, unter der Herrschaft dieser konstitutionellen Soldateska ist das deutsche Reich mehr als ein Menschenalter hindurch ein Hort des europäischen Friedens gewesen. Unter der Herrschaft dieser konstitutionellen Soldateska sind Handel und Industrie aufgeblüht und hat das deutsche Reich eine führende Rolle auf dem Gebiete der Sozialpolitik gespielt. Unter derselben Herrschaft hat die Bekämpfung aller Volkskräfte zu Erlagen geführt, die ihresgleichen in der Welt haben. (Lebhafte Beifall.) Die Ueberzeugung, daß das Volkstheer die Nation jünger halte und daß es unentbehrlich ist zur Erhaltung unserer Stellung in der Welt, werden wir uns nicht dadurch trüben lassen, daß an einem einzigen Ort Dinge vorgekommen sind, deren Wiederkehr niemand wünscht. (Lebhafte Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Müller-Meinungen findet Besprechung der Interpellationen statt.

Abg. Fehrenbach (Zentr.): Heute kann ich dem Reichskanzler eine andere Meinung entgegenbringen als bei der ersten Interpellations-Debatte. (Ja, ha bei den Soz.) Wir wollen die Wunde nicht von neuem aufreißen. Wir haben die neue Beschränkung des Reichstags gehört. Was ich Geheimrat Koeth auf dem Kommerz des Vereins deutscher Studenten geleistet hat, daß der Reichstag genötigt sei, auf den Anien zurückzunehmen was er damals beschlossen hat, das übersteigt doch die Grenzen des Zulässigen. Ich kann kein Wort meiner früheren Rede zurücknehmen. Man hat es leider verstanden, dem es schickte, Wolke zu sagen, daß eine Ehre einzutreten werde. Die Verurteilung des Leutnants von Forstner ist und bleibt eine Verleumdung. Es ist nicht festzustellen worden, ob es in Jähren wirklich innere Unruhen gegeben sind. Es werden wohl Verdächtigungen einzelner gewesen sein, die zu den Ausschreitungen führten. Die Vorgänge bei dem Straßburger Diner, die Ablehnung des Extra, zugeben doch zu denken. Jetzt sind die Urteile rechtskräftig geworden und das Volk versteht sie nicht. Ich schäme die Objektivität der Militärgerichte außerordentlich hoch. Aber in diesen Fällen handelt es sich um einen politischen Prozeß. Bei Leutnant von Forstner möchte ich annehmen, ist geradezu eine Verleumdung. Angenommen ist durchaus, daß Oberst von Reutter all Verantwortung allein auf sich genommen hat. Ich hoffe, daß die Evaluation nach dem Urteil nicht allgemeine Bespottungen wird, die geeignet ist, das Vertrauen in die Justiz zu erschüttern. Die Kabinettsordere von 1820 hat für Straf-Löschungen keine Gültigkeit. In Straf-Löschungen ist nicht alles lapid, wie der Abgeordnete von Caller meinte. Wir wollen ein großes Straf-Löschungen schaffen, aber auch ein treudeutsches. Das Verhältnis zwischen Militär und Zivil in Straf-Löschungen ist nicht so wie in anderen Gegenden Deutschlands. Dem Preußen-Tum möchte ich sagen, daß seine Mitglieder nicht eigene Wege gehen sondern nichts weiter sein wollen, als ein starker Arm an den kräftigen deutschen Baum. (Lebhafte Zustimmung.) Mit dem Schlagwort „Eingriff in die Kommandogewalt“ wird viel Unruhe getrieben. Auch an dem Reichstag ist Kritik geübt worden, auch mir gefällt er nicht. (Geisterzeit.) War es nötig, daß die Preußen-Tage einen Unterschied zwischen dem Norden Deutschlands und dem übrigen Deutschland konstatierte? Die Preußen-

an dem gemeinsamen Vaterland wollen wir uns durch Fagel-schlag nicht voneinander lassen.

Abg. Wassermann (Nat.): Auch wir können den heutigen Ausführungen des Reichskanzlers nur zustimmen. Wir haben am 3. und 4. Dezember die mittlere Linie gehalten und tun es auch heute noch. Der Vorwurf, daß wir einen Eingriff in die Kommandogewalt des Kaisers verjüchten, ist unzutreffend. Neben der Kommandogewalt des Kaisers besteht auch das Recht getretet des Reichstages. Die Rechtslage der Jäherner Vorgänge kann hier nicht entschieden werden. Schlagwörter führen hier nicht zum Ziele. Unzweifelhaft haben die Zivilbehörden in Jähren versagt. Sie hatten nicht die nötige Erkenntnis ihrer Pflicht. In Bezug auf die Beurteilung der Rechtsmäßigkeit des Vorgehens des Obersten von Reutter gehen die Urteile der Strafrechtslehrer auseinander. Die Kompetenzen zwischen Militär- und Zivilverwaltung müssen scharf abgegrenzt werden. Hier muß der Reichskanzler Remedies schaffen. Straf-Löschungen ist das Aufmarschgebiet, gegebenenfalls das wirkliche Schlachtfeld. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, daß auch die Zivilbehörden von deutscher Pflicht und Treue durch und durch erfüllt sind. Die Mehrheit des Reichstags ist von der rechten Seite schwer angegriffen worden, in erster Linie wegen der Einführung der Besitzsteuer und dabei hat gerade die Rechte die Regierung auf diese Steuer hingewiesen. Niemand verkennt die Verdienste Preußens um die Reichsgründung. Ebenso protestieren wir auch gegen eine Beschränkung von Reichseinrichtungen. Die von Bismarck geschaffene Einigung muß aufrecht erhalten bleiben. Die glänzende Entwicklung des Reiches ist auf das Zusammenwirken der Regierung und Parlament zurückzuführen. Diese Entwicklung geht weiter vorwärts, denn sie hat feste Grundlagen im Volk.

Abg. Graf Westarp (Nat.): Wohl selten ist die Auffassung so bestritten worden, wie diejenige meiner Partei in der Jäherner Angelegenheit. Bestätigt hat sich auch unsere Auffassung von der Stellung der Zivilbehörden. Aus dem Vorwurf, daß es sich dort um eine Soldateska handelte, ist die Armee rein hervorgegangen. Die Verfehlungen eines jungen Leutnants haben sofort eine ausreichende Sühne gefunden. (Lachen links.) Die Armee, die in Jähren provoziert wurde (Widerspruch links), hat ihre glänzende Redfertigkeit gefunden. Für uns ist mit der Entscheidung der Gerichte der Fall Jähren erledigt. Die Regelung für das Eingreifen der bewaffneten Macht mit oder ohne Requisition durch die Zivilbehörden ist Sache der Landesherren innerhalb der durch die Verfassung und durch die Militärkontingententommissionen in ihren Kontingenten gewährleisteten Rechte. Wir können dem Reichstag nicht das Recht zusprechen, in diese Zuständigkeiten der Kommandogewalt einzugreifen. Die Anträge der Sozialdemokraten, Elsäßer und Fortschrittler lehnen wir ab. Aber auch die weniger einschneidenden Anträge der Nationalliberalen und des Zentrums werden wir ablehnen. Herr von Heinebrand hat im Abgeordnetenhaus nicht die Auffassung des Reichstages verlangt, sondern gesagt, bei einer Neuwahl hätten die Wähler die Gegner der Wehrvorlage zum Teufel geschickt und nicht in den Reichstag. Ich konstatiere, daß der Preußentag keine Verantwortung der Konserativen ist. Wir bedauern die Neuerungen auf dem Preußentag gegen einen Bundesstaat und gegen den Reichstag. Als geladene Gäste konnten wir dazu keine Stellung nehmen. Die Kritik gegen die Teilnehmer hat aber hier manchmal die Grenze des Zulässigen überschritten. Gegenüber den Bestrebungen der Sozialdemokratie und der Progressiven mußten wir uns schuldig vor die Reichsversammlung stellen. (Sehr richtig; Gelächter links.) Wir lassen uns von niemand in der Weisung des Reichesgeheimnisses überführen.

Darauf wird ein Verlagsantrag eingebracht, aber auf die Einwendungen des Abgeordneten Scheidemann zurückgezogen.

Abg. Schulz (Reichsp.): Man kennt den Reichstag gar nicht wieder. In seiner Dezemberdebatte war er eine beschämende Maske von Entrüstung. Die Parteien lassen sich jedenfalls davon leiten, daß man es sich drauhen im Lande nicht gefallen läßt, wenn an der Armee gerührt wird. Letzten Endes richtet sich das Mißtrauensvotum nicht gegen den Reichskanzler, sondern gegen den Geist der Verhandlungen. (Widerspruch.) Auch wir auf der Rechten haben ein Interesse daran, daß keine Mißbilligung, aber die Ordnung muß unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben. Die Vorfälle in Jähren wären in einem anderen Teile des Reiches unmöglich gewesen.

Abg. Petzow (Wirtsch. V.): Erreulich ist, daß sich die heutige Debatte wesentlich ruhiger gestaltet hat als die frühere. Die Befürchtung, daß eine Soldateska-Wirtschaft oder eine Söldnerherrschschaft vorhanden sei, hat sich nicht bestätigt. Den Anträgen stimmen wir nicht zu. Der nationalliberale Antrag ist zwar unbedenklich, aber angesichts der Zusage des Reichskanzlers, daß eine Nachprüfung eintreten werde, überflüssig. Die Militärbehörden haben zweifellos besser abgeurteilt als die Zivilbehörden.

Ein Verlagsvorschlag des Präsidenten wird gegen die Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Mehrzahl der Nationalliberalen abgelehnt.

Abg. Lebebour (Soz.) verzichtet gegenwärtig auf das Wort.

Abg. Dr. Raumann (N. Sp.) Oberst von Reutter hat seine Freisprechung und seinen Orden bekommen, das Volk aber nicht Sühne und Rechtfertigung. Es stand aber nicht bloß die Ehre der Militärbehörden in Frage, sondern auch die der Zivilbehörden. Die esch-Löschungen Zivilbehörden sind überzeugt, ihre Pflicht getan zu haben. Sie konnten aber dem Reichskanzler nicht widerstehen. Die Elsäßer sind von jeder Art Militärrecht verwahrt. Passiert dort etwas, so löst das noch keine antimilitaristische Stimmung aus. Oberst von Reutter hat sich als politischer Soldat erwiesen; deshalb ist der Mann auch so berüchtigt worden. Graf Westarp hat über den Preußentag mehrmals alle Erklärungen abgegeben, welche aber bestätigen, daß die Preußen von Hork von Wartenburg mit dem Reichstag nicht zufrieden sind. Er wird ihnen zu deutlich. Die Konserativen haben 773 auch Bismarck überlassen wollen. (Zurufe und Unruhe links.) Als Caprivi ohne die Rechte mit dem übrigen Volk etwas machte, so trat Leberberg in Tätigkeit; denn ein Kommando war noch nicht da. Für uns ist der Reichstag der Ausdruck des deutsch-rationalen Gedankens. Der Reichstag hat gewonnen in der Demokratie.

Abg. Lebebour (Soz.): Der Reichskanzler sprach von schlaflosen Nächten; das kann ihm auch heute passieren, da wir noch einige Zeit zum Verhandeln haben. (Große Unruhe.) Der Kriegsminister hat davon gesprochen, daß die Offiziere berechtigt gewesen sind, den Befehlen des Säbel durch den Leib zu rennen. (Der Kriegsminister hütet den Kopf.) Auf einen Widerspruch war ich gefaßt. Ich nehme Eutacht-Mitteilung an. (Vizepräsident Dobe überbr.) Die Einmischung des Kronprinzen in die Jäherner Angelegenheit bedauern wir. Man sollte uns nicht immer revolutionäre Beschlüsse vorwerfen. Sie (noch rechts) haben oft revolutionäre Beschlüsse gegeben. Wir verlangen gleiches Recht für Offiziere und Soldaten; sie müssen dem bürgerlichen Recht unterstellt werden. Die Nationalliberalen sind völlig ungenügend. Militarismus und Junkertum bilden eine Partei gegen das Volk, die die Söldnerherrschschaft proklamieren. (Vizepräsident Dobe ruft Lebebour wegen Verleumdung des Kronprinzen zur Ordnung.)

Staatssekretär Dr. Desbrüd: Der sachliche und ruhige Verlauf der Verhandlung würde der Reichsleitung keine Veranlassung

geben, nochmals das Wort zu ergreifen. Die Sozialdemokratie hat gezeigt, daß es ihr nicht darauf ankommt, in wie weit die Verfassung gewahrt wird, sondern nur einen Stoß gegen die Monarchie und das Heer zu führen. (Sehr richtig rechts, Lärm links.) Der Abg. Lebebour hat über die Person des Kronprinzen Neuerungen gemacht, die zwar formell durch die Kräfte des Präsidenten erledigt sind, aber durch die Zusammenstellung des Kronprinzen mit dem Herrn von Wartenburg und seinem Leutnant mit den zehn Mann im Balle die Ansicht verbreiten können, als sei der Kronprinz ein Verächter der deutschen Reichsverfassung. Dagegen lege ich entschieden Verwahrung ein (Bravo rechts). Solange es nicht üblich ist, die Person des Kaisers in die Debatte zu ziehen, so widerspricht es auch dem konstitutionellen Maß, die Person des Kronprinzen in dieser Weise in die Debatte zu ziehen. Im Namen der Reichsleitung muß ich dagegen protestieren. In den warmen Worten an sein Husarenregiment sollten wir einen Beweis erblicken, daß in dem künftigen Träger der Krone der gute Geist der deutschen Armee lebendig ist (Lebhafte Bravo).

Lebebour (Soz.): Ich wäre dem Staatssekretär dankbar gewesen, wenn er die Regierung veranlaßt hätte, Maßnahmen zum Schutze der Würde und Ehre des Reiches zu treffen. Wir halten die monarchische Einrichtung für veraltet (Lachen; Hört, hört und Lärm). Der Kronprinz hat zwei Telegramme geschickt; das steht doch fest; wenn man sich darauf nicht mehr berufen kann, dann hört doch Alles auf.

Vizepräsident Dr. Dobe: Diese Erörterungen sind außerordentlich peinlich. Es wäre besser gewesen, wenn die Debatte, ohne persönliche Spitze geblieben wäre. Wenn der Abgeordnete Lebebour dem Staatssekretär vorgeworfen hat, er sei landflüchtig geworden, so entspricht das nicht der Würde des Hauses. Damit ist die Besprechung der Interpellationen erledigt.

Nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen tritt Beratung ein.

Nächste Sitzung: Samstag 1 Uhr. Anträge betreffend Befugnisse der bewaffneten Macht, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, Staatsberatung. Schluß 3/4 Uhr.

Sitzung vom 24. Januar.

Am Bundesratssitz: Niemand.

Präsident Dr. Kömpf eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung eines von der fortschrittlichen Volkspartei eingebrachten Gesetzentwurfes über die Befugnisse der bewaffneten Macht zur Ausübung der staatlichen Zwangsgewalt. Auf Vorschlag des Präsidenten wird hiermit verbunden die Beratung der Initiativanträge der Elsäßer Sozialdemokraten, Nationalliberalen und des Zentrums, die sich auf die Regelung der Befugnisse der bewaffneten Macht, Aufhebung der militärischen Gerichtsbarkeit und Nachprüfung der Dienstvorschriften über den Waffengebrauch des Militärs vom Jahre 1890 beziehen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (N. Sp.): Ich beantrage, den Antrag des Zentrums auf Regelung der Befugnisse der bewaffneten Macht sofort anzunehmen und die übrigen Anträge an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen. Der Reichskanzler hat zwar eine entgegenkommende Haltung eingenommen, aber nicht gesagt, was geschehen soll, damit solche Vorurteile, wie sie sich in Jähren ereignet haben, in Zukunft vermieden werden. Es genügt nicht, hier eine Resolution zu fassen; wir haben damit schon so schlechte Erfahrungen gemacht, daß wir uns keinen Nutzen davon versprechen. Aus den Worten des Reichskanzlers im Herrenhaus scheint hervorzugehen, daß er auf die Anregungen des Reichstages überhaupt nichts zu tun beabsichtigt. Wir haben ja aus der Zusammenstellung der Beschlüsse des Bundesrates über die Resolutionen des Reichstages gesehen, daß dies zutrifft. Bei dieser Gelegenheit muß ich dagegen protestieren, daß auf die Beschlüsse des Reichstages nicht eingegangen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Die Antworten des Bundesrats sind eine ununterbrochene Reihe von Proklamationen des Reichstages. (Stürmische Zustimmung.) Es scheint, als ob ein Konflikt vom Taune gebrochen werden soll. Keine Partei, die etwas auf sich hält, kann sich das gefallen lassen. Wenn je eine parlamentarische Solidarität notwendig war, so ist es im jetzigen Zeitpunkt. Auch für die Zukunft dürfen wir uns keine derartige Behandlung gefallen lassen. Die Süddeutschen können den norddeutschen Brüdern auch etwas Gutes und wollen ihnen das ausgesprochen in Form eines Gesetzentwurfes. Wir wollen den Frieden zwischen Militär und Zivilgewalt, zwischen Kommandogewalt und Volk schaffen.

Abg. Fehrenbach (Zentr.): Ich schließe mich den letzten Worten des Vorredners an, zumal da der Reichskanzler eine zustimmende Haltung angenommen hat. Angesichts der Erfahrungen bei der Behandlung unserer Resolutionen ist es angebracht, der Regierung nicht blind zu vertrauen. Die Anträge sollten möglichst einmütig angenommen werden. Unser Antrag dürfte unbedenklich sein. Die übrigen bitte ich einer Kommission zu überweisen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen zur Geschäftsordnung: Wir sind bereit, auch den Antrag Wassermann sofort anzunehmen.

Abg. Gasse (Soz.): Die energischen Worte Dr. Müllers sind zwar erfreulich, ohne energische Taten haben sie aber keine Bedeutung. Wenn der Reichstag auch nur einen Funken Selbstachtung besitzt, so müßte er der Regierung seine ganze Macht zeigen und sich die Fustritte nicht gefallen lassen.

Präsident Dr. Kömpf ruft den Redner wegen dieser letzten Aeußerung zur Ordnung. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gasse (fortf.) Der Antrag Wassermann sagt nichts, ist aber unbedenklich und wir nehmen ihn, wie die übrigen Anträge an.

Abg. Hauß (El.): Wir sind angesichts des Versprechens des Reichskanzlers doch nicht geneigt, den Tag vor dem Abend zu loben. Wir sind oft scharf enttäuscht worden, hoffen aber, aus der Erklärung des Reichskanzlers schliessen zu können, daß ein Versuch gemacht werden wird, den schlafenden Rechtsboden in Elsch-Löschungen wieder zu festigen. Die Befugnisse der Militär- und Zivilbehörden sind in Elsch-Löschungen gesetzlich abgegrenzt. Das Militär hat aber diesen Rechtsboden verlassen. Wir müssen durchzugehen suchen, daß in Elsch-Löschungen wieder Recht und Gesetz gelten.

Abg. Wassermann (Nat.): In Ausnahmefällen muß dem Militär das Recht vorbehalten bleiben, selbständig einzugreifen. Es kann vorkommen, daß die Zivilbehörden überhaupt nicht mehr am Platze sind. Auch bitten wir um möglichst einmütige Annahme.

Damit schließt die Debatte. Die Abstimmung ergibt die Annahme der Anträge des Zentrums und der Nationalliberalen mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Rechten mit Ausnahme des Grafen Posadowsky, der für den Zentrumsantrag stimmt.

Der Gesetzentwurf der fortschrittlichen Volkspartei, sowie die Anträge der Sozialdemokraten und der Elsäßer werden einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt. — Als erster Punkt steht die Fortsetzung der Beratung des Reichstags des Innern auf der Tagesordnung. Es wird aber gegen die Stimmen der Rechten unter lauten Beifallstrufen ein Verlagsantrag angenommen. Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. Etat des Reichsamt des Innern. Schluß 11 Uhr.

Aus der Partei.

* 7. badischer Reichstagswahlkreis. Parteigenossen! Sam-

Aus dem Lande.

Durlach.

* Eine öffentliche Volksversammlung, gemeinsam einberu-

Baden-Wader.

— Bürgerauskunftung. (Schluß). Der weitere Punkt

Die Erbauung eines Volksschulhauses in Stadtteil Nichten-

Da die Stadt beim Schlichtungsausschuss schon seit Jahren mit

Die weiteren Punkte: Kanalreinigung der Friedhofstraße,

— Die Kreissteuerkapitalien des Kreises Baden für das

Theater und Musik.

3. Sinfonie-Konzert des Hoftheaters.

Das dritte Konzert fand am Mittwochabend im Theater statt

lichen Bewegung viele ethische und sittliche Momente inne wohn-

Der Konsumverein Baden-Baden wurde mit 188 Mitglie-

Eine Tatsache darf jedoch an dieser Stelle nicht verschwiegen

— Öffentliche Wählerversammlung. Sonntag, 1. Febr.

Genossen, sorgt für einen Massenbesuch; der Schluppel

* Ein Mann über Bord. Unter dieser Epithete brachte die

Die „Offenburger Zeitung“, die sonst immer mit ihrer

* Zum Kaufmannsgericht Offenburg fand, da sich die Prin-

* Mehr Menschlichkeit. Einen demütigendsten Anblick

— Aufgabe der Stadterhaltung. Die Zunahme der Ein-

L. Eine Messeraffäre beschäftigte am Donnerstag die Straf-

als Solistin am Flügel. Das gigantische Werk trug die Züge

Wann endlich wird das Publikum soviel musikalischeren

König von seinen Taten bei der Fremdenlegation zu renomieren

* Seidelberg, 26. Jan. Auf dem Hauptbahnhof wurde der

* Mannheim, 26. Jan. Am Samstag suchte sich ein israeliti-

* Mannheim, 26. Jan. Beim Drahtwickeln geriet ein 21-

* Mannheim, 26. Jan. In der Mansarde des 24 Jahre alten

* Wiesbaden, 26. Jan. Hier wurde wegen umfangreicher

* Freiburg, 26. Jan. Grohfeuer ist gestern Abend im

* Lörrach, 26. Jan. In vorgangener Nacht wurde auf der

* Sigmaringen, 26. Jan. Vorvorgangene Nacht schickte

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 26. Januar.

Das dritte volkstümliche Sinfonie-Konzert,

ausgeführt von der Kapelle des Leib-Grenadier-Regiments 109

Geschichte des Sozialismus.

Eine interessante Abwechslung in der vom Bildungs-

Nach dem Vortrag findet im gleichen Lokal eine Sitzung

Eine Kundgebung für die Verbesserung des Zugverkehrs zwischen Karlsruhe und seinen Nachbarorten.

Eine eindrucksvolle Kundgebung, die hoffentlich auch bei den maßgebenden Stellen die erwünschte Wirkung haben wird, fand letzten Samstag Nachmittag auf dem Rathause in Karlsruhe statt. Zu den ständigen Klagen über unsere Eisenbahnverwaltung gehört auch jene über die wenig rücksichtsvolle Behandlung der Stadt Karlsruhe durch die Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnverwaltung.

Wie im innern, so geht es auch der Stadt im äußeren, an Verkehr mit den Nachbarorten und Städten. Die Klagen über die schlechten Zugverbindungen Karlsruhes mit seinen Nachbarorten bilden eine ständige Rubrik in den Zeitungen wie auch in den an den Landtag einlaufenden Beschwerden. Ein Beispiel dürfte diese geradezu handlungsunfähigen Zustände treffend charakterisieren.

Die Stadtverwaltung Karlsruhe hat sich nun, da alles andere nichts nützte zu einem Schritt entschlossen, den man nur begrüßen kann und der nun hoffentlich auch bei der Generaldirektion das bisher schlummernde oder nicht vorhandene Verständnis für die Bedürfnisse der Großstadt wecken wird. Die Stadtverwaltung hat an sämtliche Interessenten, Stadt- und Gemeindeverwaltungen der näheren und weiteren Umgebung, Körperschaften, Handelskammern und Handwerkerkammern, Landwirtschaftskammern, Landtagsabgeordnete u. s. f. eine Einladung ergehen lassen zu einer Besprechung der Frage der Notwendigkeit der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse Karlsruhes mit den Nachbargemeinden.

Das Hauptreferat zu der zur Behandlung stehenden Frage hatte Herr Stadtrechnungsrat Pfeiff-Karlsruhe der etwa folgendes ausführte:

Der Redner ging von der Feststellung der Tatsache aus, daß bei einem großen Stadtbesuche die Verkehrsfragen heute eigentlich die Hauptfragen seien. Er freute sich es, sagen zu können, daß die Stadt Karlsruhe ihre Verkehrsfragen stets als Hauptfragen behandelt und ihre größten wirtschaftlichen Erfolge auf dem Gebiete des Verkehrswesens erzielt habe.

Wie die Stadt Karlsruhe, so habe auch der badische Staat zur Lösung der Karlsruher Verkehrsfragen schon vieles getan, was mit Dank anzuerkennen sei. Erst in jüngerer Zeit habe er mit gewaltigen Aufwendungen die Karlsruher Personenbahnhöfe an neue Plätze gestellt, um der ferneren Verkehrsentwicklung von Stadt und Land freie Bahn zu schaffen.

Unter Vorortverkehr versteht man den Teil des von einer Großstadt ausgehenden oder in ihr endigenden Nahverkehrs, der zu möglichst niedrigen Fahrpreisen mit einlässigen Personenzügen bedient wird, die zum Ein- und Aussteigen von Reisenden auch an solchen Punkten der Bahn anhalten, an denen eigentliche Stationen nicht errichtet sind.

Die Notwendigkeit des Vorortverkehrs für die großen Städte werde von den deutschen Staatseisenbahnverwaltungen anerkannt. Die badische Staatseisenbahnverwaltung habe auf ihrem Reich für die Städte Mannheim, Heidelberg, Freiburg und Basel einen Vorortverkehr eingerichtet.

Rücksicht und Zweckmäßigkeit, sondern auch Billigkeitsgründe sprechen. In Karlsruhe, dessen Einwohnerzahl jene der Städte Heidelberg, Freiburg und Basel weit hinter sich lasse, seien von der badischen Staatseisenbahnverwaltung 1912 mehr als 600 000 Fahrkarten mehr verkauft worden wie in Heidelberg und Freiburg und mehr als 1 200 000 Fahrkarten wie in Basel.

Die beabsichtigte Maßnahme entspreche den von den Beteiligten geäußerten und von der Gr. Eisenbahnverwaltung jahrelang gepflegten Erwartungen in keiner Weise. Unbedingt müsse gefordert werden, daß die Staatseisenbahnverwaltung bei Karlsruhe, das zum Nachteile der Stadt wie des ganzen Landes nun schon mehrere Jahrzehnte ohne eigene Schuld auf die Verbesserung seiner Zugverbindungen warte, das Verbot nicht in großzügiger Weise gutmaße und einrichte oder veranlasse:

- 1. einen Vorortverkehr im engeren Sinne auf allen in Karlsruhe mündenden Staatsbahnstrecken,
2. einen örtlichen Fernverkehr auf allen für den Personenverkehr wichtigeren Strecken, vor allem also zur Verbindung von Karlsruhe mit Mannheim, Heidelberg, Heilbronn, Forstheim, Stuttgart, Forstach-Gausbach, Baden-Baden, Heil-Strasbourg, Bergzabern, Landau und Neustadt.

Für Karlsruhe einen Vorortverkehr und einen örtlichen Fernverkehr in dem verlangten Umfang einzurichten, sei zweifellos eine schwierige Aufgabe, die befriedigend nur gelöst werden könne, wenn sie sobald als irgend möglich in Angriff genommen werde und zu ihrer Bearbeitung die berufenen Vertretungen von Stadt und Land, von Industrie und Landwirtschaft, von Handel, Gewerbe und Verkehr möglichst frühzeitig und weitgehend von der Eisenbahnverwaltung herangezogen würden.

Aus allen diesen Gründen müsse dringend gebeten werden, die badische Staatseisenbahnverwaltung möge ihre Entscheidung über die Einrichtung eines Vorortverkehrs und eines örtlichen Fernverkehrs für Karlsruhe nochmals eingehend prüfen und dabei auf den Standpunkt sich stellen, den Großherzog Friedrich I. bei der Karlsruher Rheinbahnfeier am 27. Mai 1902 in die Worte gekleidet habe: Wir müssen trachten, den Verkehr möglichst zu erweitern, auszuweiten und zu entwickeln, damit wir der Zukunft ruhig ins Auge schauen können.

Die am 24. Januar 1914 im großen Rathause zu Karlsruhe zur Prüfung der Frage der Notwendigkeit einer Verbesserung der Zugverbindungen der Stadt Karlsruhe mit ihren Nachbarorten tagende zahlreiche besuchte Versammlung beschloß, die Gr. Eisenbahnverwaltung zu bitten:

- 1. vom Mai 1914 an einen Vorortverkehr auf allen in Karlsruhe mündenden Staatsbahnstrecken einzurichten;
2. vom gleichen Zeitpunkt an zur Verbindung der Stadt Karlsruhe mit ihren wichtigeren Nachbarstädten einen örtlichen Fernverkehr in Form beschleunigter Personenzüge einzuführen;
3. die Vorbereitungen zu diesen Maßnahmen so rasch als möglich in die Wege zu leiten und zur Erzielung zweckmäßiger Lösungen die berufenen Vertretungen von Stadt und Land, von Industrie und Landwirtschaft, von Handel, Gewerbe und Verkehr so frühzeitig und so weitgehend als irgend möglich zur Mitarbeit einzuziehen.

Die anschließende Diskussion war ziemlich kurz. Neues war ja auch nach den vorliegenden, den Gegenstand voll erschöpfenden Ausführungen von Herrn Pfeiff kaum mehr vorzubringen. Auch handelt es sich ja weniger darum, Spezialwünsche oder Beschwerden vorzubringen als

vielmehr um eine einheitliche Kundgebung dafür, daß dieses einmal im Ganzen anders werden muß. Daß dieser Wille, unter allen Umständen eine Aenderung herbeizuführen vorhanden war, das zeigt die einstimmige Annahme der Resolution. Jetzt wird wohl die Generaldirektion nicht umhin können, die Frage nicht mehr nur vom grünen Tisch aus, und aus der warmen Stube heraus zu entscheiden, sondern wohl oder übel wird sie auch mal hinaus müssen auf die Strecke, wird sich nach den wirklichen Bedürfnissen und Verhältnissen nicht nach den von ihr eingeleiteten, umsehen müssen.

Der Maskenball des Gewerkschaftskartells.

So hall wie am Samstagabend war die Festhalle schon lange nicht mehr. Der Zutritt wollte gar kein Ende nehmen. Und es war nicht nur die Arbeiterklasse, die sich zum fröhlichen Maskentreiben eingefunden hatte, in weit größerem Maße hatten sich jene „kleinen“ Leute eingefunden, die nicht das Geld haben für einen „kädtischen“ oder die nicht sich den Jahresbeitrag für einen „besseren“ Verein leisten können. Und das es derartige „kleine“ Leute in der heutigen Zeit recht viele gibt, dürfte männiglich bekannt sein.

Herrenpreise.

- 1. „Nebelvertilgungsmaschine bei der Reichshoföffnung, Patent 1913“; 2. „Der preußische Scherbenkgläser“; 3. „Leinwand und Schuster“; 4. „Oberster Scherbenkgläser“ (Karlsruher Straßendampfschäuerung); 5. „Fahner Scherbenkgläser“; 6. „Mittel im Aéroplan“; 7. „Der Fortemonaue Patriot“; 8. „Der Schönlouise“; 9. „Dem Tiel liegt der Knopf im Wege“; 10. „Reichsarbeitslosenversicherung“; 11. „Italienischer Mustikant“; 12. „Der Laßeser“.

Damenpreise.

- 1. „Moderne Arbeitsfrau“; 2. „Mahl-Mahl“; 3. „Neue Mode 1914“; 4. „Schwarzgülden Spinnerin“; 5. „Strohflechterin“; 6. „Mellertin“; 7. „Gummier“; 8. „Kofoko“; 9. „Kuh-Sennerin“; 10. „Spanierin“; 11. „Muffel“; 12. „Spreewärdin“.

Gruppenpreise.

- 1. „Bertrude Südbad-Bad“; 2. „Der nerböse Volksjubiläer aus Anielingen“; 3. „Cov-Boys“.

Die Leitung kann mit dem Verkauf der ganzen Veranstaltung vollauf zufrieden sein. Gingen auch die Bogen der Begeisterung oft sehr hoch, war auch das Gedränge manchmal geradezu unheimlich, so daß der schönste vom vorzüglichen Gewerkschaftsorchester gespielte Walzer zum „Schieber“ ausarten mußte, so verlief der Ball dennoch in schönster Ordnung und Eintracht.

Mißstände in der Lumpenfortieranstalt Vogel und Schumann. In einer Lumpenfortieranstalt arbeiten zu müssen, ist an und für sich kein Vergnügen, wenn aber die Arbeitsverhältnisse so ungenügend und unhygienisch sind, wie es bei der Anstalt Vogel und Schumann der Fall ist, dann wird das Arbeiten zur Qual. Im Präraum der „Anstalt“, in dem sich viel Staub entwickelt, wird der Ventilator nur in Tätigkeit gesetzt, wenn der Besuch der Fabrikinspektion angefragt ist.

Einwohnerzahl. Nach der Berechnung des städtischen Statistischen Amtes hat die Bevölkerung der Stadt Karlsruhe im Jahre 1913 um 4789 Personen oder — auf 1000 Einwohner berechnet — um 34,26 % zugenommen (1912 um 2526 Personen oder 18,58 %).

Veranstaltungen.

Der weltberühmte Circus Carré, der vom 31. Januar bis 15. Februar in dem Kolossalbau der Frankfurter Festhalle mit zwei Manegen, 500 Reitern, 300 Reiterpaaren und 250 Menagerietieren gastieren wird, will, wie uns von der Direktion mitgeteilt wird, auch im Laufe des Sommers seine Vorstellungen bei uns aufspielen. Der Dreimanngezwirns in Frankfurt

ist das größte Unternehmen, was bis jetzt in Europa gezeigt wurde. Jede Vorstellung wird in Frankfurt mit 80 Attraktionsnummern ausgefüllt werden, während im Sommer nur 40 Nummern — ein fast vierstündiges Programm die Besucher in Spannung halten wird. Die Festspiele werden sich auch zu einem Kongress internationaler Kritiker gestalten, da alles was an bedeutenden Attraktionen aufzutreiben war, für die Festspiele in Frankfurt verpflichtet wurde. Auch eine Völkerschau von vieljähriger Schönheit wird sich dort etablieren und das Interesse der Besucher wachhalten.

Letzte Nachrichten.

Die Türkei rüft.

Athen, 24. Jan. Man verfolgt hier die türkischen Truppenbewegungen in Kleinasien mit großer Besorgnis. Die Zahl der Truppen, die an der kleinasiatischen Küste zusammengezogen werden, wächst von Tag zu Tag. Drei Bataillone stehen bereits gegenüber Mytilene in Aivala, 3 000 Mann in Dikeli und 5 000 in Bergame.

Saloniki, 24. Jan. Türkische Offiziere studieren, ohne hierbei von den Bulgaren behindert zu werden, die Stellungen bei Kantschi, Gümülbichina und Debeagatsch. Auch die Bulgaren verstärken ihre Truppen an der serbischen Grenze. Eine Division bulgarischer Truppen ist nach der Gegend von Strumnitza abgegangen.

Die rumänische Kammer aufgelöst.

Bukarest, 24. Jan. Der Ministerpräsident verlas heute im Senat einen Erlass, durch den das Parlament aufgelöst wird und die Neuwahlen für den 26. Februar anberaumt werden. Das neugewählte Parlament tritt am 6. März zusammen.

Der Streik in London.

London, 25. Jan. Der Streik in London droht einen derartigen Umfang anzunehmen, daß etwa 200 000 Ar-

beiter sich binnen kurzem in Ausstand befinden werden. Gestern haben die Maurer aus Sympathie für die streikenden Kohlenarbeiter sich geweigert, neue Verträge zu unterschreiben, nach denen sie verpflichtet gewesen wären, mit nicht lizenzierten Maurern zusammenzuarbeiten. Die Arbeitgeber haben infolgedessen die Aussperrung beschlossen. Bereits 45 000 Mann sind beschäftigungslos.

Das Kriegsgericht in Natal.

Pretoria, 24. Jan. Wie man erfährt, wird ein Kriegsgericht zusammentreten, um über 4 Männer summarisch abzuurteilen, von denen 2 angeklagt sind, eine Explosion verursacht, und 2 sich im Besitze von Explosionsstoffen befunden zu haben. Die Bestimmungen über den Belagerungszustand setzen darauf die Todesstrafe.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Ankerate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Geschäftliches.

Die Ziehung der Baden-Badener Geld-Lotterie findet am Samstag, 31. Januar 1914, nachmittags halb 3 Uhr, statt. Dieselbe vollzieht sich in Baden-Baden, Notariat I, öffentlich in Gegenwart von zwei Stadträten. Die Lose erfreuen sich bis heute einer sehr großen Beliebtheit und ist die Annahme berechtigt, daß die Lose einige Tage vor Ziehung ausverkauft sein werden. Lose à 1 Mk. (11 Lose 10 Mk.) sind, solange Vorrat reicht, bei Lotterie-Unternehmer J. Stürmer, Sträßburg, Langstraße 107, Filiale: Kehl a. Rh., Hauptstr. 47, sowie allen bekannten Losverkaufsstellen zu haben.

Wasserstand des Rheins.

26. Januar.
Schutterinsel 1.85 m, gef. 2 cm, Kehl 2.17 m, gef. 8 cm
Marau 3.78 m, gef. 4 cm, Mannheim 3.02 m, ref. 13 cm.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft, Abt. Südstadt.) Heute Montag nach dem Turnen im „Landauer Hof“ Abteilungssammlung mit Vortrag, wozu auch die passiven Mitglieder freundschaftlich eingeladen sind. 6901
Karlsruhe. (Sängerlied.) Mittwoch, 28. Januar, abends 7/9 Sitzung in der „Nacht am Rhein“. 6897

Blondes Haar

denkt nach, was auf die übermäßige Fettabsorption, dem Anlegen von Staub und Schmutz zurückzuführen ist. Wie leicht kann diesem Uebel vorgebeugt werden, wenn man das so beliebte millionenfach erprobte „Kamillen-Shampoo mit dem schwarzen Kopf“ wöchentlich zweimal regelmäßig anwendet.



Die Haare werden von Unreinigkeiten befreit, die schöne, natürliche Farbe tritt in Ihre Rechte. Der Erfolg, den unser allseitig bekanntes und beliebtes Kamillen-Shampoo mit dem schwarzen Kopf tagtäglich erzielt, zeigt sich am besten darin, daß eine Unzahl Nachahmungen von recht zweifelhafter Natur in den Handel gebracht werden, weshalb man beim Einkauf besonders auf die nebenstehende Schutzmarke achten möge. — Unser Kamillen-Shampoo mit dem schwarzen Kopf ist ein mildes, durchweg einwandfreies Präparat, während, wie die Untersuchungen ergeben haben, die Nachahmungen oft ätzende Stoffe enthalten und so statt einer rationellen Haarpflege den Haarausfall befördern. — Kamillen-Shampoo mit dem schwarzen Kopf ist in Original-Paketen Paket 25 Pfg., 7 Pakete Mk. 1.50 in allen Schutzmarke. Apotheken, Drogerien u. Parfümerien erhältlich. Alleinst. Fabrik: Hans Schwarzkopf, G. m. b. H., Berlin N. 37.

Ga. 20000 Dosen Konserven zu Ausnahmepreisen

Nur 3 Tage! Montag, Dienstag, Mittwoch.



Sozialdem. Partei Karlsruhe.

Am Mittwoch, den 28. Januar 1914, abends 8 1/2 Uhr, findet in der „Gewerkschaftszentrale“, Kaiserstraße 13, eine

Partei-Versammlung

statt.

1. Abrechnung vom III. Quartal 1913/14.
2. Vortrag über:

Die deutschen Aktien-Gesellschaften.

Vortragender: Leopold Hüfner.

Wir erlauben um zahlreichen Besuch. 6909

Der Vorstand.

Leopold Kölsch

Karlsruhe — Kaiserstrasse 211

Stammhaus gegründet 1844.

Der diesjährige 6913

Inventur-Räumungsverkauf

beginnt

Montag, 2. Februar.

Erwarten Sie diesbezügliche Anzeigen!

Stubenvogel

haben fast alle Vögel, welche nicht nur lästige, sondern auch sehr gefährlich sind; sie verursachen das Ausfallen der Federn, Katarakte, Abzehrung der Vögel usw. Die Folge ist, daß ein guter Sänger nicht mehr singt. Dieses ist zu beheben od. vorzubeugen. b.

Extrakt-Vogelband

Säcken 25 Pfg. Zu haben in den Drogerien u. Samenhandlungen.

Engros: G. Frohmayer, Joh. F. Kasterer, Groß-Post, Karlsruhe, Erdbrunnstr. 32 6910

Stadt

Arbeitsamt

Gesucht 6553

für sofort und 1. Februar: Herrschafts-Köchinnen, Mädchen die gut bürgerlich kochen können, Mädchen für alle Hausarbeit u. zum Aufräumen, Zimmermädchen.

Stadt. Arbeitsamt (weibl. Arbeitsnachweis) Bahringerg. 100 Tel. 949.

Klavier-Unterricht.

Konfessionell geb. Fraulein erteilt gründl. Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene bei mäßiger Honorar. Käf. Wöndtstraße 2, 2. Stod. 6762

Eilt! Garantiert

31. Januar Ziehung der Grossen B.-Badener Geld-Lotterie

2165 Geldgew. ohne Abzug

23000 Mk.

Hauptgewinn

10000 Mk.

Soldatenheim-Lotterie des Bad. Regiments Nr. 112 1817 Geldgewinne bar ohne Abzug Ziehung sicher 28 Februar

10000 Mk.

Hauptgewinn

4000 Mk.

B. Badener Lose à 1 Mk., 11 Lose 10 Mk. Soldatenheim-Lose à 50 Pfg., 11 Lose 5 Mk. Porto und Liste je 25 Pfg. empfiehlt Lotterie-Unternehmer

J. Stürmer

Sträßburg i. E., Langstraße 107. Filiale: Kehl a. Rh., Hauptstr. 47. In Karlsruhe: Carl Götz, Nebelstr. 11/15, E. Flage

EINE AUFFALLENDE ERSCHEINUNG

Es ist das viele Räucher gegen die Folgen ihrer Leidenschaft nachts zu schlafen. Sie sind durch Werbeprospekte ersichtlich in allen Apotheken und Drogerien. Preis der Originalschachtel 1 Mk.

Heberzieher

(wenig getragen) von 4.- an

Auzüge

(wenig getragen) von 4.- an

neue Mäster

zu jedem annehmbarem Gebot, einz. Dosen, Westen, Zoppen sehr billig. 6854

Gelegenheits-Kaufhaus

Werderstraße 55.

3 Zimmer-Wohnung

im Preise von 400—450 Mark zu mieten gesucht. — Gefl. Offerten unter Nr. K. an die Expedition des „Volksfreund“.

Müllabfuhr.

Am Dienstag den 27. ds. Mts. (Geburtsfest Seiner Majestät des Kaisers), wird kein Müll abgeholt. Dafür wird am darauffolgenden Tag die Abfuhr im ganzen Stadtgebiet vollzogen werden. 6899

Karlsruhe, den 23. Jan. 1914. Stadt. Tiefbauamt.

Bekanntmachung.

Im Hundezwinger des städt. Baierenmeisterei Schlachthausstraße 17 (zwischen Kaserne und Eisenbahn) befindet sich nachstehende herrenlose Hunde:

1. Gelber Voger, weibl.
2. Dobermann, männl.
3. Foxterrier, männl.
4. Voger, männl.
5. Spiger, männl.

Dieselben werden, falls sie nicht innerhalb 8 Tagen abgeholt sind, getötet bezw. versteigert. Karlsruhe, den 23. Jan. 1914. Stadt. Schlacht- u. Viehhof-Direktion. 6910

N. Waier,

Markgrafenstraße Nr. 16.

Kattensänger, 11 Bogen alt,

unter Garantie für den billigsten Preis von 10 Mk zu verkaufen: Offenweinststraße 42, Hinterhaus, 2. Stod. 6842

Linoleum

in allen Preislagen Linoleum-Läufer Linoleum-Teppiche erhalten Sie äußerst preiswert im Kaufhaus Zapf Zell a. H.

